

START

ÄNDERUNG § 27 GO

MITGLIEDER

VORSTAND

ÜBER UNS

SATZUNG

GREMIEN

SEMINARPROGRAMM

VERÖFFENTLICHUNGEN

PRESSE

ARCHIV

KONTAKT

LINKS

KOMMUNALES

WAHLRECHT

Suchwort



Satzung

Satzung der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen (LAGA NRW) in der Fassung vom 27.10.2001

Präambel

Die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen (LAGA NRW) ist das demokratisch legitimierte Vertretungsorgan der im Land Nordrhein-Westfalen nach der geltenden Gemeindeordnung konstituierten kommunalen Migrantenvertretungen und damit der hier lebenden Migrantinnen und Migranten.

Mit ihrem Landeszusammenschluß geben sich die kommunalen Migrantenvertretungen ein Forum, das ihre Interessen und Anliegen aufgreift und dadurch ihre Arbeit vor Ort unterstützt und verbessert. Die Selbstentscheidungskompetenzen der Gemeinden und der kommunalen Migrantenvertretungen bleiben davon unberührt.

Als einziger aus Urwahlen der Migrantinnen und Migranten hervorgegangener demokratisch legitimer Gesprächspartner des Landtags und der Landesregierung ist die Landesarbeitsgemeinschaft gleichzeitig zentrales Gremium bei der Wahrnehmung der Aufgaben eines Beauftragten für die Angelegenheiten der Migrantinnen und Migranten im Land Nordrhein-Westfalen.

Die Landesarbeitsgemeinschaft tritt dabei für die kulturelle, soziale, rechtliche und politische Gleichstellung der im Land lebenden Migrantinnen und Migranten ein, die ihren Lebensmittelpunkt im Land Nordrhein-Westfalen haben. Hierbei arbeitet die Landesarbeitsgemeinschaft mit allen Institutionen und Organisationen zusammen, die sich gleichermaßen an diesen Grundsatz gebunden fühlen. Sie ist dabei keiner Partei, sondern nur dem Gemeinwohl verpflichtet. Dadurch leistet die Landesarbeitsgemeinschaft einen wesentlichen Beitrag zum friedlichen Zusammenleben der zugewanderten und angestammten Menschen Nordrhein-Westfalens in einer von vielen Kulturen geprägten Gesellschaft.

§ 1 Name, Gebiet und Sitz

1. Die Landesarbeitsgemeinschaft ist der Zusammenschluß der kommunalen Migrantenvertretungen, die in den Gemeinden und Städten Nordrhein-Westfalens bestehen und trägt den Namen: Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen (LAGA NRW).
2. Der Sitz der Landesarbeitsgemeinschaft und der Geschäftsstelle ist Düsseldorf.

§ 2 Aufgaben, Zweck

Die Landesarbeitsgemeinschaft unterstützt die kommunalen Migrantenvertretungen, koordiniert ihre Arbeit in Nordrhein-Westfalen und dient der Durchsetzung der Interessen der Migrantinnen und Migranten mit der Zielsetzung,

- den Erfahrungs- und Informationsaustausch unter den kommunalen Migrantenvertretungen in Nordrhein-Westfalen zu fördern,
- die politische Meinungsbildung und Willensartikulation der Migrantinnen und Migranten zu intensivieren,
- gegenüber dem Land Nordrhein-Westfalen und der Bundesrepublik Deutschland auf Dauer die politische, rechtliche, soziale und gesellschaftliche Gleichstellung der Migrantinnen und Migranten mit den

- deutschen Staatsangehörigen zu erreichen,
- der Fortbildung der Mitglieder der kommunalen Migrantenvertretungen,
- bei der Bildung neuer kommunaler Migrantenvertretungen Hilfestellung zu leisten,
- die Bildung von Kreiskonferenzen der kommunalen Migrantenvertretungen in kreisangehörigen Gemeinden zu unterstützen und
- die Zusammenarbeit mit den auf dem Gebiet der Migrationsarbeitstätigen Initiativen, Vereinen, Verbänden und Gebietskörperschaften zu intensivieren.

§ 3 Mitgliedschaft

1. Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft können alle kommunalen Migrantenvertretungen werden, die auf der Grundlage des § 27 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen gebildet wurden, einen entsprechenden Beschluß gefasst haben und ihre Mitgliedschaft schriftlich beantragen. Nach den gleichen Grundsätzen können auch solche kommunalen Migrantenvertretungen Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft werden, die aufgrund einer vom Innenminister NRW erteilten Befreiung von § 27 der Gemeindeordnung gebildet wurden.

Über die Aufnahme neuer Mitglieder entscheidet der Hauptausschuß.

2. Die Mitgliedschaft wird beendet aufgrund eines Beschlusses der jeweiligen kommunalen Migrantenvertretungen zum Austritt aus der Landesarbeitsgemeinschaft. Der Beschluß ist dem Vorstand schriftlich mitzuteilen. Die Mitgliedschaft endet mit einer halbjährigen Kündigungsfrist zum Ende des Kalenderjahres.

§ 4 Finanzen

1. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Für jedes Geschäftsjahr ist rechtzeitig ein Haushaltsplan aufzustellen.

2. Die Landesarbeitsgemeinschaft finanziert sich durch öffentliche Zuschüsse, Mitgliedsbeiträge, Spenden und Zuwendungen des "Förderverein der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen (LAGANRW) e. V."

3. Für Entscheidungen über Mitgliedsbeiträge gelten das gleiche Verfahren und die gleiche Stimmenmehrheit wie für Änderungen dieser Satzung.

4. Die Landesarbeitsgemeinschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

5. Die Landesarbeitsgemeinschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

6. Die Mittel der Landesarbeitsgemeinschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden; die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus ihren Mitteln.

7. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Landesarbeitsgemeinschaft fremd sind oder durch unverhältnismäßig große Vergütungen begünstigt werden.

§ 5 Organe

Die Organe der Landesarbeitsgemeinschaft sind:

- die Mitgliederversammlung,
- der Hauptausschuß,
- der Vorstand.

§ 6 Mitgliederversammlung

1. Die Mitglieder werden durch ihre Delegierten vertreten, die Mitglieder der

kommunalen Migrantenvertretungen oder diesen angehörende Ratsmitglieder sind.

2. Jedes Mitglied entsendet:

- für bis zu 5.000 ausländische Einwohner/innen eine/n Delegierten,
- für über 5.000 bis zu 20.000 ausländische Einwohner/innen eine/n weitere/n Delegierte/n,
- für jeweils weitere angefangene 20.000 ausländische Einwohner/innen eine/n weitere/n Delegierte/n.

3. Für die Delegierten können die Mitglieder Ersatzdelegierte benennen.

4. Jeweils ein/e Vertreter/in der jeweiligen örtlichen geschäftsführenden Stellen der kommunalen Migrantenvertretungen und die hauptamtlichen Mitarbeiter/innen der Geschäftsstelle der Landesarbeitsgemeinschaft können beratend an der Mitgliederversammlung teilnehmen.

5. Der Vorstand kann weitere Personen als Gäste zur Mitgliederversammlung einladen.

6. Die Mitgliederversammlung wird mindestens einmal pro Jahr von dem Vorstand einberufen und geleitet. Zur Mitgliederversammlung werden die Delegierten mindestens sechs Wochen vorher unter Beifügung der Tagesordnung durch die geschäftsführende Stelle eingeladen. Die örtlichen geschäftsführenden Stellen erhalten Einladungen und Unterlagen zur Kenntnisnahme zugesandt.

7. Änderungs- und/oder Ergänzungsvorschläge zur Tagesordnung sowie Anträge sollen spätestens zwei Wochen vor der Mitgliederversammlung schriftlich bei der Geschäftsstelle der Landesarbeitsgemeinschaft eingereicht sein.

8. Die Mitgliederversammlung entscheidet im Grundsätzlichen über alle Aufgaben der Landesarbeitsgemeinschaft, soweit nicht in den §§7 bis 11 dieser Satzung andere Zuständigkeiten festgelegt sind. Ihr ist der Rechenschaftsbericht des Vorstandes und der Prüfbericht der Kontrollkommission vorzulegen.

Zu den Aufgaben der Mitgliederversammlung gehören insbesondere:

- die Wahl des Vorstandes,
- die Wahl der Kontrollkommission,
- die Entlastung des Vorstandes,
- die Beschlußfassung über vorgelegte Anträge,
- die Entscheidung über Mitgliedsbeiträge,
- die Änderung der Satzung.

9. Die Mitgliederversammlung gibt sich eine Geschäftsordnung.

10. Über die Mitgliederversammlung wird ein schriftliches Protokoll gefertigt, das von der Versammlungsleitung und der Protokollführung unterzeichnet wird.

11. Außerordentliche Mitgliederversammlungen können auf Verlangen des Vorstandes, des Hauptausschusses oder von einem Drittel der Mitglieder, die dies schriftlich unter Angabe von Gründen beim Vorstand beantragen, einberufen werden.

12. Im Falle ihrer Beschlußunfähigkeit kann die Mitgliederversammlung im Laufe der folgenden sieben Tage auf Beschluß des Vorstandes mit einer verkürzten Einladungsfrist von einundzwanzig Tagen erneut eingeladen werden. Diese Mitgliederversammlung ist hinsichtlich der unerledigten Tagesordnungspunkte und/oder Anträge der beschlußunfähigen Mitgliederversammlung ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Delegierten und der vertretenden Mitglieder beschlußfähig.

§ 7 Hauptausschuß

1. Der Hauptausschuß besteht aus

- je einem/einer vom jeweiligen Mitgliedsbeirat entsandten Vertreter/in. Die Mitglieder können jeweils eine/n Ersatzdelegierte/n benennen,
- dem Vorstand.

2. Auf Vorschlag des Vorstandes kann der Hauptausschuß bis zu fünf ständige Beratungspersonen hinzuwählen.

3. Der Hauptausschuß tagt bis zu dreimal pro Jahr. Die Einladung wird direkt an die Delegierten und die geschäftsführenden Stellen zur Kenntnis verschickt.

4. Zu den Aufgaben des Hauptausschusses gehören:

- die Beratung und der Beschluß über den vom Vorstand vorgelegten Haushaltsplan,
- die Entscheidung über die Aufnahme neuer Mitglieder,
- die Beratung des Vorstandes zu allen die Geschäftsführung betreffenden Fragen,
- die Vorbereitung der Mitgliederversammlung,
- die Benennung von Kandidaten/Kandidatinnen für die Vorstandswahlen aus mindestens vier Abstammungsländern unter Berücksichtigung von § 8 Abs. 2 dieser Satzung,
- die Beratung und Diskussion über Sachthemen, die an die Mitgliederversammlung oder an den Vorstand zur weiteren Erörterung weitergegeben werden können.

5. Der Hauptausschuß kann Fachausschüsse einsetzen, die jeweils von einem Vorstandsmitglied geleitet werden. Stimmberechtigt können den Fachausschüssen Vorstandsmitglieder, Hauptausschußmitglieder, Delegierte zur Mitgliederversammlung sowie sonstige Ausländerbeiratsmitglieder aus den Mitgliedsbeiräten angehören. Zusätzlich können sach- und fachkundige Vertreter/innen von Verbänden, Behörden, Migrantenvereinigungen o. ä. hinzugezogen werden.

6. Der/die Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft leitet die Sitzungen des Hauptausschusses. Über die Sitzung ist ein Protokoll zu fertigen. Das Nähere regelt eine Geschäftsordnung.

§ 8 Vorstand

1. Der Vorstand besteht aus 17 Personen:

- der/dem Vorsitzenden,
- drei stellvertretenden Vorsitzenden,
- dem/der Kassierer/in
- dem/der Schriftführer/in
- elf Beisitzern/Beisitzerinnen.

2. Die Vorstandsmitglieder werden aus den Reihen der Delegierten nach §6 Abs. 1 und 3 sowie den von den Mitgliedern nach § 7 Abs.1 in den Hauptausschuß entsandten Personen gewählt, sollen kommunalen Migrantenvertretungen aus großen und kleinen Städten angehören und mindestens vier unterschiedliche Abstammungsländer repräsentieren.

Der/die Vorsitzende, der/die Kassierer/in und der/die Schriftführer/in werden in getrennten Wahlgängen, die stellvertretenden Vorsitzenden und die Beisitzer/innen in einem einheitlichen Wahlgang gewählt.

3. Die drei stellvertretenden Vorsitzenden müssen, sofern entsprechende Kandidaturen vorliegen, unterschiedliche Abstammungsländer repräsentieren. Bei mehreren Kandidaten/Kandidatinnen aus einem Abstammungsland ist ggfs.der Bewerber/die Bewerberin mit der höheren Stimmenzahl gewählt.

4. Aus jeder kommunalen Migrantenvertretung kann nur ein/e Delegierte/r Mitglied im Vorstand werden. Treten mehrere Bewerber/innen aus der gleichen kommunalen Migrantenvertretung zur Wahl an und wären diese von der Stimmenzahl her gewählt, ist nur der/die Bewerber/in mit der höheren Stimmenzahl gewählt. Die Wahl der Vorstandsmitglieder erfolgt in der in § 8 Abs. 1 festgelegten Reihenfolge. Kandidaturen aus kommunalen Migrantenvertretungen, für die bereits in einem vorhergehenden Wahlgang ein/e Vertreter/in in den Vorstand gewählt wurde, sind nicht zulässig.

5. Kandidaturen müssen bis spätestens drei Wochen vor der Mitgliederversammlung schriftlich bei der Geschäftsstelle der Landesarbeitsgemeinschaft eingereicht werden. Sofern mehrere Kandidaturen aus einer kommunalen Migrantenvertretung vorliegen, teilt der Vorstand dies den betreffenden Kandidatinnen und Kandidaten unverzüglich nach Ablauf der

- Bewerbungsfrist mit, damit diese bis spätestens eine Woche vor der Mitgliederversammlung die Möglichkeit haben, Ihre Kandidatur zurückzuziehen oder für eine andere Funktion im Vorstand zu kandidieren.
6. In einem vorhergehenden Wahlgang unterlegene Bewerber/innen haben die Möglichkeit, für eine andere Funktion zu kandidieren, sofern sie ansonsten die Voraussetzungen des Abs. 4 erfüllen.
7. Der Vorschlag des Hauptausschusses zur Wahl des Vorstandes gemäß § 7 Abs. 4 sowie eventuelle weitere Kandidaturen werden den Delegierten spätestens zu Beginn der Mitgliederversammlung schriftlich mitgeteilt.
8. Das Nähere zum Wahlverfahren regelt die von der Mitgliederversammlung am 25.10.1997 beschlossene Wahlordnung.
9. Der/die Geschäftsführer/in des "Fördervereiner Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen(LAGANRW) e. V." gehört dem Vorstand als Geschäftsführer/in der Landesarbeitsgemeinschaft mit beratender Stimme an, es sei denn, die Beratungsgegenstände betreffen ihn/sie persönlich.
10. Die Wahlzeit des Vorstandes beträgt grundsätzlich zweieinhalb Jahre. Die Mitgliederversammlung kann aus grundsätzlichen Erwägungen mit satzungsändernder Mehrheit beschließen, die Wahlzeit um bis zu ein Jahr zu verlängern. Der Vorstand bleibt im Amt, bis ein neuer Vorstand gewählt ist.

§ 9 Aufgaben des Vorstandes

1. Der Vorstand hat insbesondere folgende Aufgaben:
 - Die Vertretung der Landesarbeitsgemeinschaft nach außen,
 - die Vorbereitung und Durchführung von politischen Aktivitäten, Fortbildungsveranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit,
 - die Unterrichtung der Mitgliederversammlung über alle die Landesarbeitsgemeinschaft betreffenden Aktivitäten und Angelegenheiten,
 - die Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung und des Hauptausschusses,
 - die Aufstellung des jährlichen Haushaltsplanes und seine Weiterleitung an den Hauptausschuß zur Beschlußfassung,
 - die Nachweisung der sachgemäßen Verwendung der Finanzmittel gegenüber Kontrollkommission, Hauptausschuß und Mitgliederversammlung,
 - die Einstellung oder Entlassung der hauptamtlichen Mitarbeiter/innen der Landesarbeitsgemeinschaft,
 - die Entscheidung über den Sitz der Geschäftsstelle der Landesarbeitsgemeinschaft.
2. Der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung und erläßt eine Geschäftsanweisung für die Geschäftsstelle.
3. Der Vorstand im Sinne des § 26 Abs. 2 BGB sind die in § 8 Abs.1 erste vier Spiegelstriche dieser Satzung genannten Vorstandsmitglieder. Rechtsverbindliche Erklärungen der Landesarbeitsgemeinschaft werden von zwei Mitgliedern dieses Vorstandes oder von einem Mitglied dieses Vorstandes und dem/der Geschäftsführer/in gemeinsam abgegeben.
4. Vorstandssitzungen finden nach Bedarf statt, mindestens jedoch sechsmal pro Jahr. Über ihren Verlauf ist ein Protokoll zu fertigen.
5. Die Mitglieder des Vorstandes gehören mit ihrer Wahl für die Dauer ihrer Amtszeit dem "Förderverein der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen e. V." als persönliche Mitglieder an.

§ 10 Geschäftsstelle

1. Der/die Geschäftsführer/in wird aufgrund einer Wahl im Vorstand bestellt.
2. Der/die Geschäftsführer/in führt die laufenden Geschäfte der Landesarbeitsgemeinschaft im Rahmen der Beschlüsse der Mitgliederversammlung, des Hauptausschusses und des Vorstandes. Er/sie ist Dienstvorgesetzte/r aller anderen hauptamtlichen Mitarbeiter/innen der

Landesarbeitsgemeinschaft. Das Nähere regelt die Geschäftsanweisung des Vorstandes für die Geschäftsstelle.

3. Der/die Geschäftsführer/in bereitet im Einvernehmen mit dem Vorstand die Mitgliederversammlungen und Sitzungen der Landesarbeitsgemeinschaft vor und erteilt dort auf Verlangen Auskunft.

4. Mit seiner/ihrer Wahl nimmt der/die Geschäftsführer/in zugleich die Geschäftsführung des "Förderverein der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen(LAGA NRW) e. V." wahr.

5. Der Sitz des "Förderverein der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen e. V." ist am Sitz der Geschäftsstelle der Landesarbeitsgemeinschaft.

§ 11 Kontrollkommission

1. Zur Überprüfung des Finanz- und Kassenwesens der Landesarbeitsgemeinschaft wählt die Mitgliederversammlung für die Dauer der Wahlzeit des Vorstandes eine Kontrollkommission von fünf Personen, die dem Vorstand gleichzeitig nicht angehören dürfen.

2. Die Kontrollkommission tagt grundsätzlich nichtöffentlich und tritt mindestens einmal jährlich zusammen. Sie wählt aus ihrer Mitte eine/n Vorsitzende/n, berichtet der Mitgliederversammlung über ihre durchgeführten Kontrollen und beantragt gemäß dem Ergebnis ihrer Rechnungsprüfung die Entlastung des Vorstandes.

3. Die Kontrollkommission überprüft auch das Finanz- und Kassenwesen des "Förderverein der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen(LAGA NRW) e. V."

4. Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Vorstandes können gemeinsame Sitzungen stattfinden.

5. Der Hauptausschuß kann zusätzlich die Prüfung einzelner Jahresrechnungen der Landesarbeitsgemeinschaft dem Landesrechnungshof oder dem Rechnungsprüfungsamt einer Gemeinde übertragen, deren kommunale Migrantenvertretung Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft ist.

§ 12 Satzungsänderung

Anträge zur Änderung der Satzung müssen den Mitgliedern mindestens sechs Wochen vor einer Mitgliederversammlung über die Geschäftsstelle der Landesarbeitsgemeinschaft schriftlich bekanntgegeben werden. Sie bedürfen auf der gemäß § 6 Abs. 9 dieser Satzung beschlußfähigen Mitgliederversammlung der Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Delegierten.

§ 13 Auflösung

1. Ein Beschluß zur Auflösung der Landesarbeitsgemeinschaft bedarf des Verfahrens und der Mehrheit wie eine Änderung dieser Satzung.

2. Über den/die Empfänger/in des verbleibenden Vermögens nach Abzug aller bestehenden Verbindlichkeiten entscheidet die Mitgliederversammlung. Der/die Empfänger/in hat es ausschließlich und unmittelbar für gemeinnützige Zwecke zu verwenden, die dem Zweck der Landesarbeitsgemeinschaft weitgehend entsprechen.

§ 14 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit der Beschlußfassung durch die Gründungsversammlung der Landesarbeitsgemeinschaft am 26.10.1996 in Oberhausen in Kraft.

Die Änderungen aufgrund der Beschlüsse der Mitgliederversammlung vom 12.12.1998, vom 08.04.2000 und vom 27.10.2001 sind in diesen Text eingearbeitet.